

Unsere Hauptforderungen:

Wir müssen uns in Deutschland endlich der Realität stellen und die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft offensiv angehen. Sonst werden wir in einigen Jahren feststellen, dass wir abgehängt wurden. Die Rolle der Politik ist es dabei, die Rahmenbedingungen in Deutschland an die neue Realität anzupassen. Dazu gehören:

- Flächendeckender Glasfaserausbau
- Modernisierung des Bildungssektors:
 - Die Stärkung von Kreativität, Eigenverantwortung und Neugier müssen wichtige Ausbildungsziele werden
 - Einführung eines Wahlfachs Informatik an allen weiterführenden Schulen
 - Überarbeitung der Lehrpläne zur Berücksichtigung digitalisierungsrelevanter Inhalte in allen Fächern
 - Einführung eines Studiengangs Datenwissenschaften an Hochschulen
- Anpassung des Arbeitsrechts
- Beibehaltung der Netzneutralität
- Sicherheit der Bürger und Unternehmen vor staatlicher Spionage und digitaler Kriminalität muss wichtiges Ziel der Sicherheitsbehörden werden
- Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen verbessern, denn neue Unternehmen starten schon in der digitalen Welt und helfen, passende Lösungen für die Wirtschaft zu entwickeln.

Inhaltsverzeichnis

Unsere Hauptforderungen	1
Inhaltsverzeichnis	2
Die Digitale Transformation unserer Gesellschaft	3
Anschluss verpasst? Digitalisierung in Deutschland	4
Ordnungspolitik unter neuen Vorzeichen: Hausaufgaben für die Politik	5
Politische Handlungsfelder	6
Bildung in der Digitalen Gesellschaft.....	11
Rahmenbedingungen für Gründungen verbessern	13

Die Digitale Transformation unserer Gesellschaft

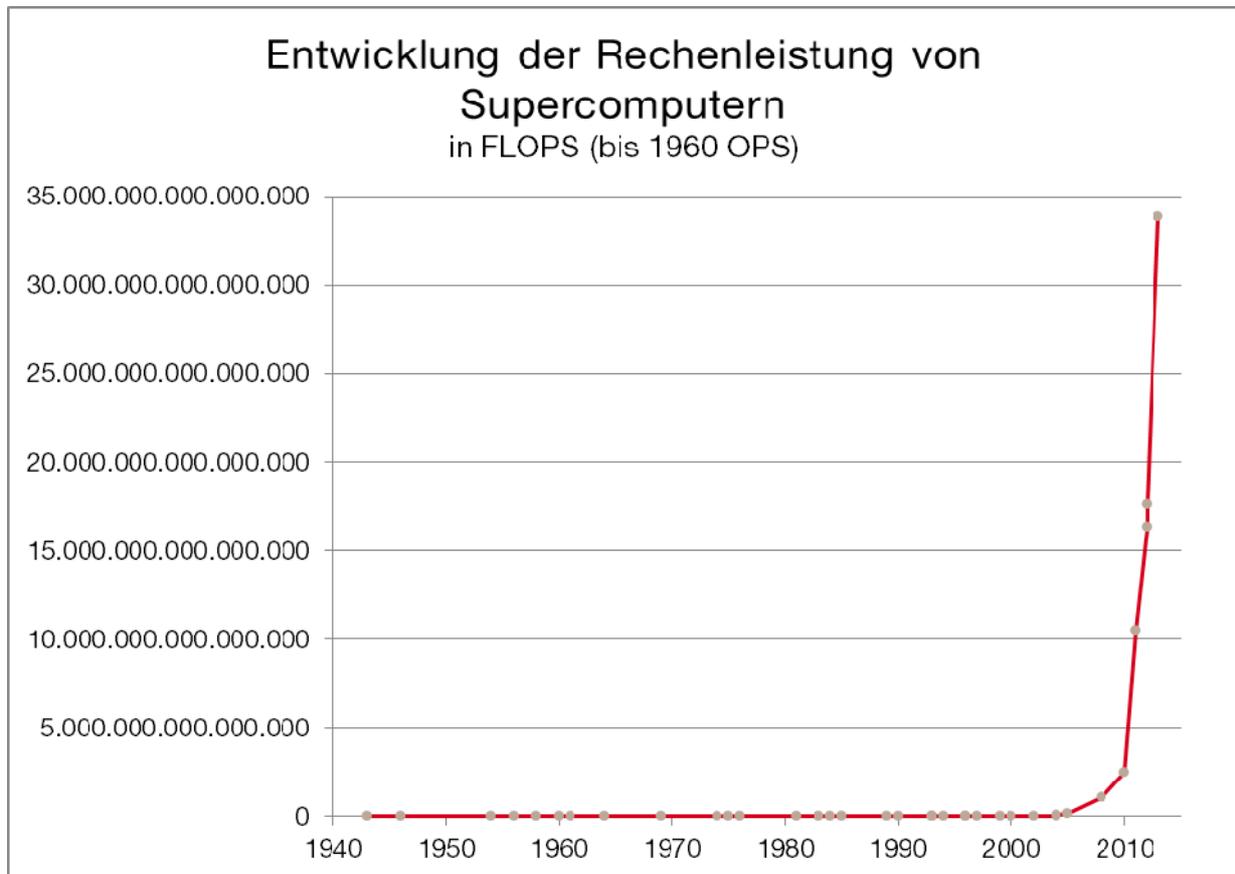
Digitalisierung beschreibt als Schlagwort die Veränderungen, die der rasante Fortschritt der Informations- und Kommunikationstechnik mit sich bringt. Die drei entscheidenden Treiber der Entwicklung sind die exponentiellen Verbesserungen in der Chiptechnologie, die Digitalisierung von Informationen und Verbreitung des Internets. Diese Entwicklungen bewirken zusammen genommen, dass die Produktion, Speicherung, Verarbeitung und Verbreitung von Informationen immer effizienter und kostengünstiger wird.

Da Informationen und Kommunikation die Grundlage jeglichen menschlichen Handelns sind, betrifft die Digitalisierung alle Bereiche menschlicher Aktivität: Von der Politik über die Wirtschaft bis zum Privatleben. Angesichts der massiven Veränderung ist es nicht übertrieben, von einer digitalen Transformation oder auch Revolution zu sprechen. Letzteres zieht bewusst den Vergleich zur industriellen Revolution. Waren es bei dieser die Verfügbarkeit von physischer Kraft, die durch technische Innovationen (von der Dampfmaschine bis zum Elektromotor) enorm erweitert wurde, so geht es jetzt um eine vergleichbar einschneidende Transformation der Informations- und Kommunikationskosten.

Viele Veränderungen haben sich schon in den letzten Jahren und Jahrzehnten vollzogen: Von der E-Mail über die Entwicklung Sozialer Medien wie Facebook bis hin zu Suchmaschinen sowie vollkommen neuen Formen der Zusammenarbeit von Gruppen (wie z. B. bei Wikipedia). Wichtig ist es hierbei zu beachten, dass es keineswegs um die gerade jeweils populärste Neuerung geht: Entscheidend ist der grundlegende Wandel, nicht die einzelne Plattform, der einzelne Trend.

So gibt es im Bereich der Wirtschaft bereits mehrere Branchen, deren Geschäftsmodell durch die Digitalisierung vollkommen verändert wurde – so die Musikindustrie, die mitten im Veränderungsprozess steckt (hierzu zählt beispielsweise die Filmindustrie). Wenig überraschend ist, dass zuerst die Branchen betroffen waren, deren Kern der Umgang mit Informationen ist. Aber auch andere Branchen und Wirtschaftsbereiche sind bereits betroffen oder werden in der Zukunft betroffen sein. Dies gilt umso mehr, da sich die Leistungsfähigkeit von Computerchips exponentiell verbessert. Da die Verbesserung bereits seit einigen Jahrzehnten andauert, bedeutet dies, dass wir in der nächsten Zeit enorme absolute Leistungsverbesserungen sehen werden, wenn die Entwicklung nicht unerwartet endet. Damit werden auch Anwendungen wie selbstfahrende Autos möglich, die noch bis vor kurzem höchstens in Science-Fiction-Geschichten gehörten.

Ein beliebtes Beispiel zur Veranschaulichung der Folgen exponentiellen Wachstums ist die Legende von der Erfindung des Schachspiels. Sein Erfinder erbat sich als Belohnung, ausgehend von einem Reiskorn, eine Verdoppelung der Reismenge je Spielfeld. Besonders in der zweiten Hälfte der 64 Spielfelder würde dieses exponentielle Wachstum zu einer sehr hohen Zahl an Reiskörnern führen. Während man nach 32 Feldern erst bei der Ernte eines großen Feldes ankommt, hätte man beim 64. Feld eine Anzahl an Reiskörnern, die größer ist als aller Reis, der jemals von Menschen geerntet wurde. Man kann aufgrund der bisherigen Entwicklung argumentieren, dass wir bei der Leistungsfähigkeit von Computerchips gerade in den Bereich der zweiten Hälfte des Schachbretts kommen.



Anschluss verpasst? Digitalisierung in Deutschland

Auch in Deutschland hat die Digitalisierung natürlich längst im Alltag Einzug gehalten. Computer, Laptops und Smartphones werden privat und beruflich breit genutzt. Viele Prozesse sind automatisiert und die ersten vernetzten Produktionsanlagen laufen. Jedoch wurde die grundlegende Bedeutung der Entwicklung im gesellschaftlichen Diskurs sehr lange unterschätzt. In der Wissenschaft, bei Think-Tanks und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren war die Digitalisierung lange ein Nischenthema, auch in Politik und Verwaltung beschäftigten sich nur wenige Vorreiter mit dem Thema.

So ist es wenig verwunderlich, dass Deutschland beispielsweise in den Bereichen Infrastruktur (Breitbandausbau), Bildungspolitik, Verwaltungsmodernisierung oder Start-Up-Kultur nicht so gut vorbereitet ist, wie es wünschenswert wäre. Wir haben spät und zu zaghaft reagiert. Im 21. Jahrhundert sollte jedoch niemand mehr die Durchschlagskraft von Vernetzung, Digitalisierung und Automatisierung unterschätzen. Es ist jetzt dringend geboten, uns der Entwicklung zu stellen!



Ordnungspolitik unter neuen Vorzeichen: Hausaufgaben für die Politik

Auch die Politik hat – wie beschrieben – die Bedeutung der Digitalisierung erst sehr spät erkannt. Dies hat sich in den letzten Jahren zwar geändert, jedoch scheint es so, als ob der Erkenntnisprozess noch nicht abgeschlossen ist. Denn während das Thema in der politischen Rhetorik bereits einen Stammplatz gefunden hat, ist das konkrete politische Handeln immer noch zögerlich und abwartend. Hier deutet sich eine Parallele zum Umgang mit dem Mittelstand an, der auch in jeder Sonntagsrede gelobt wird, nur um ihm mit dem nächsten Gesetz weitere Lasten aufzubürden. Dies ist höchst gefährlich, da wir jetzt handeln müssen, um unsere Gesellschaft digitalisierungsfähig zu machen.

Aus Sicht der Jungen Unternehmer ist es zudem besonders ärgerlich, dass sich die politische Rhetorik in den letzten Jahren auf gute Ratschläge an die Wirtschaft konzentriert hat. So ist es zwar durchaus zu begrüßen, wenn Bundesminister vor den wirtschaftlichen Gefahren der Transformationsprozesse warnen. Ihre Hauptaufgabe wäre es aber, an den relevanten politischen Stellschrauben zu drehen, um die Digitalisierung voranzubringen – oder um diese wenigstens nicht zu behindern. Die Unternehmen müssen sich der Digitalisierung ohnehin im Wettbewerb stellen, dazu benötigen sie keine Ratschläge der Politik. Ärgerlich ist es jedoch, wenn den Unternehmen Hindernisse in den Weg gelegt werden, die sie an einer erfolgreichen Umsetzung von Digitalisierungsstrategien hindern. Kein Unternehmen in Deutschland sollte beispielsweise in seiner Existenz bedroht oder auch in seiner Weiterentwicklung dadurch behindert werden, dass es keinen vernünftigen Breitbandzugang hat.

Im Folgenden sollen deswegen einige Punkte aufgezeigt werden, bei denen aus Sicht der Jungen Unternehmer dringender Handlungsbedarf besteht. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, im Gegenteil: Angesichts der schnellen technologischen Entwicklung wird es wahrscheinlich immer wieder neuen Handlungsbedarf geben. Gerade deswegen ist es so wichtig, dass die Politik sich des Themas schnellstmöglich annimmt.

Zudem ist eine deutliche Warnung nötig: Eine erfolgreiche Digitalisierungsstrategie ersetzt keineswegs die Notwendigkeit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik auf anderen Gebieten. Dazu gehören die Klassiker der Wirtschaftspolitik wie gute Bildung und Infrastruktur. Auch in der digitalen Gesellschaft wird es darauf ankommen, dass Unternehmen nicht durch zu hohe Steuern, Abgaben und bürokratische Belastungen in der Substanz angegriffen werden. Dies gilt gerade für die vielen Familienunternehmen, die an ihren Standorten in Deutschland bleiben wollen. Dazu müssen dann jedoch die Rahmenbedingungen insgesamt passen. Ein erfolgreiches politisches Digitalisierungspaket ist eine notwendige Ergänzung für eine kluge Wirtschaftspolitik in anderen Bereichen.

Jahr	Globaler Internetdatenverkehr
1992	100 GB pro Tag
1997	100 GB pro Stunde
2002	100 GB pro Sekunde
2007	2.000 GB pro Sekunde
2014	16.144 GB pro Sekunde
2019	51.794 GB pro Sekunde

Quelle: Cisco Visual Networking Index 2015

Politische Handlungsfelder

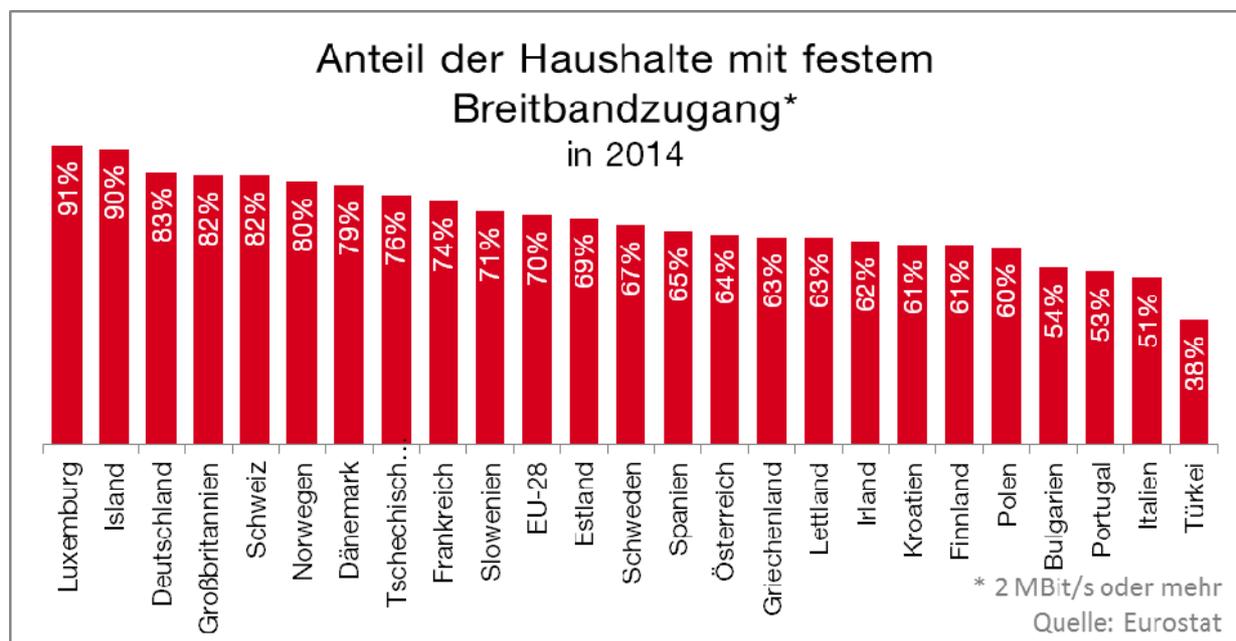
Breitbandausbau

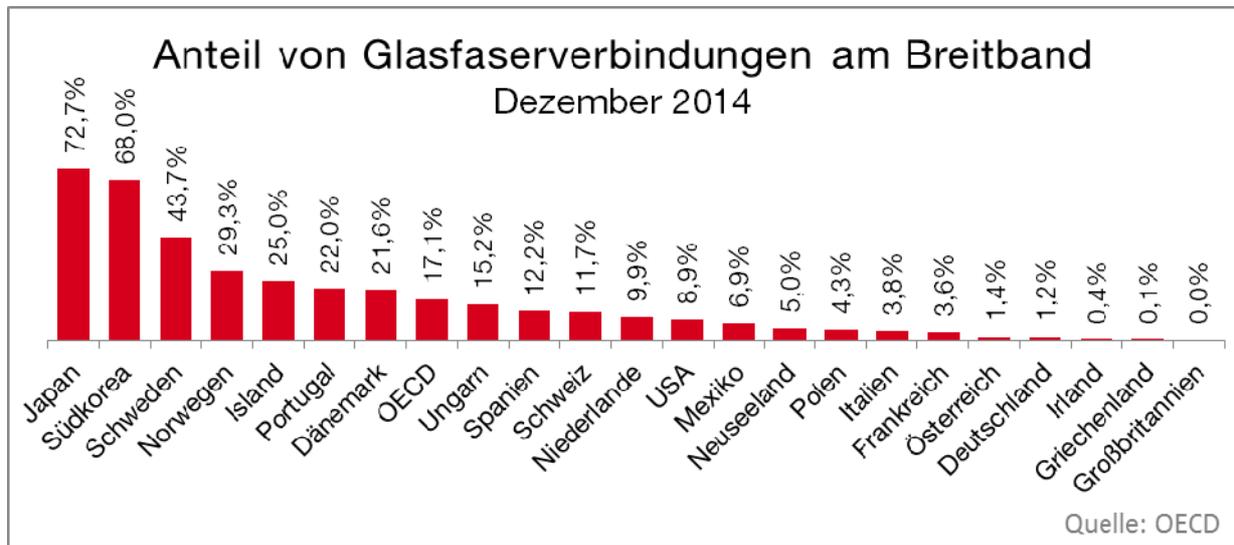
Die Bereitstellung bzw. Organisation der Bereitstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur ist eine wichtige öffentliche Aufgabe. Deren erfolgreiche Bewältigung war in den vergangenen Jahrzehnten ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Damit wir jetzt nicht den Anschluss verlieren, brauchen wir im 21. Jahrhundert nicht nur Verkehrswege, sondern auch Datenautobahnen. Diese sind sozusagen die notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Bewältigung der Digitalisierung: Ohne flächendeckend ausgebaute Netze werden wir erst gar keine Möglichkeit haben mitzuhalten. Dies gilt gerade für ländliche Regionen, die ohne Breitbandanschlüsse noch weiter abgehängt werden. Zum einen weil man ohne sie bestimmte Geschäftsmodelle dann nicht vor Ort verwirklichen kann (und dies wird für immer mehr Branchen gelten), aber auch weil es für junge Leute (noch) unattraktiver wird, aufs Land zu ziehen. Auf der anderen Seite bringt die Digitalisierung aber gerade für den ländlichen Raum enorme Chancen - wenn die Netzanbindung stimmt.

Deshalb ist es aus unserer Sicht unverständlich, warum es immer noch so sehr beim Thema Breitbandausbau hakt. In einer Gesellschaft, die sich ein Rentenpaket im Wert von über 233 Milliarden Euro bis 2030 leistet – eine reine Umverteilungsmaßnahme – sollte es finanziell kein

Problem darstellen, einen flächendeckenden Breitbandausbau zu finanzieren. Unabhängig davon, ob dieser fünf, zehn oder fünfzehn Milliarden öffentlicher Mittel bedürfte. Scheitern kann der Ausbau nur am politischen Willen. Diesen müssen wir ändern.

Aus Sicht der jungen Unternehmer muss es dabei das langfristige Ziel sein, flächendeckend Glasfaserkabel bis zu jeder Haus- und Gewerbetür zu verlegen. Allein Glasfasern können die notwendige Bandbreite für die nächsten Jahrzehnte bereitstellen. Alle anderen Technologien können den Glasfaserausbau deswegen nicht ersetzen. Sie können höchstens als Übergangstechnologien helfen, die Zeit bis zum Breitbandausbau zu überbrücken. Die an vielen Stellen sicher notwendige staatliche Förderung des Netzausbaus sollte aber nicht für Übergangstechnologien eingesetzt werden. Wenn staatliche Förderung fließt, dann sollte sie nur in den Ausbau zukunftsfähiger Glasfasernetze fließen. Darüber hinaus sollte die Förderung nicht dazu führen, den Wettbewerb auszuhebeln. Eine Möglichkeit hierzu bieten aus unserer Sicht Ausschreibungsmodelle – beispielsweise auf Landkreisebene – zum flächendeckenden Netzausbau. Den Zuschlag würde dann der Anbieter erhalten, der den niedrigsten Zuschuss zur Erfüllung der festgeschriebenen Anforderungen benötigt.





Regulierung des Netzes – Beibehaltung der Netzneutralität

Der enorme Erfolg des Internets beruht entscheidend auf der Offenheit des Informationstransportes: Festgelegt sind nur die Regeln für den Transport von Datenpaketen, womit sich die unterschiedlichsten Informationen über das Internet transportieren lassen. Diese offene und innovationsfreundliche Struktur ermöglichte immer wieder die Erfindung von völlig neuen Diensten, die bei der Entstehung des Netzes noch gar nicht existierten. Dies gilt für die E-Mail genauso wie für Soziale Netzwerke oder Videostreaming, aber auch für Leistungen wie die Ferndiagnostik und Wartung von Maschinen. Diese konstituierende Grundeigenschaft des Internets wird Netzneutralität genannt.

Um die bisherige Innovationsoffenheit des Internets auch in Zukunft zu erhalten, sollte das Prinzip der Netzneutralität auch weiterhin gelten. Wir Jungen Unternehmer fordern, dass auch in Zukunft alle Datenpakete unabhängig von ihrem Inhalt mit gleicher Priorität transportiert werden. Dies würde sicherstellen, dass auch in Zukunft völlig neue Anwendungen und Dienste entstehen und genutzt werden könnten. Und zwar auch von kleineren Unternehmen und Start-Ups, die nicht die finanziellen Mittel hätten, eine Sonderbehandlung ihrer Inhalte zu bezahlen. Die Pläne von Netzanbietern, die gerne Gebühren für die bevorzugte Weiterleitung einzelner Daten erheben würden, lehnen wir deshalb ab. Diese bergen die Gefahr, dass sie bestehenden Unternehmen eine Möglichkeit bieten, den Wettbewerb auszuhebeln. Zugleich würde die Abschaffung der Netzneutralität zukünftige Innovationen behindern.

Zudem könnte die Abschaffung der Netzneutralität den weiteren Breitbandausbau hemmen: Die Netzanbieter hätten im Falle ihrer Abschaffung schließlich ein Interesse daran, die Übertragungskapazitäten möglichst klein zu halten, um hohe Prämien für die bevorzugte Weiterleitung der Inhalte einzelner Anbieter zu erzielen. Auch aus diesem Grund sollte die Netzneutralität beibehalten werden. Umgekehrt würde ein flächendeckender Ausbau der Glasfasernetze dazu führen, dass ein gerne genutztes Argument gegen eine Beibehaltung der

Netzneutralität wegfällt. Denn wenn flächendeckend genügend Bandbreite zur Verfügung stehen würde, könnte es erst gar nicht zu Konflikten zwischen einzelnen Diensten kommen.

Damit bei der Förderung des Breitbandausbaus keine Interessenkonflikte entstehen, sollte der Bund sich unbedingt von seinen verbliebenen Anteilen an der Telekom trennen. Nur bei einem vollständigen Verkauf der Bundesanteile kann der Eindruck vermieden werden, bei der Vergabe von Investitionsmitteln zum Breitbandausbau würde ein Unternehmen in öffentlicher Hand bevorzugt. Da der Verkauf aus ordnungspolitischen und praktischen Gründen ohnehin geboten ist (warum soll der Steuerzahler beispielsweise für den Betrieb eines Handynetzes in den USA haften), sollte er angesichts dieses Interessenkonfliktes erst recht umgesetzt werden.

Regulierung des Netzes – Sicherheit und Spionageabwehr!

Die Sicherstellung von innerer und äußerer Sicherheit gehört mit gutem Recht zu den klassischen Staatsaufgaben. Die Gewährleistung dieser Aufgaben wird in der digitalen Gesellschaft jedoch schwierig. Die weltweite Vernetzung hat neben vielen positiven Effekten den Nachteil, dass auch Straftaten im digitalen Raum kaum durch physische Grenzen behindert werden. Von der Beleidigung, über das Hacking von Online Banking bis zur Wirtschaftsspionage – die Täter können aus einem beliebigen Land das Opfer in anderen Ländern ins Visier nehmen. Dies erschwert die Strafverfolgung, sobald eine Tat begangen wurde. Es macht aber auch die Einschätzung der Risikolage und die Vorsorge schwierig.

Aus Sicht der Jungen Unternehmer kommt deswegen der Prävention von Straftaten und der Bewahrung der Bürger und Unternehmern vor Spionage und Datenbetrug im digitalen Raum eine besonders wichtige Aufgabe zu. Dies gilt umso mehr für ein Hochtechnologieland wie Deutschland, das ein potentiell attraktives Ziel für Wirtschaftsspionage ist. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir jungen Unternehmer:

- Sicherheitslücken in Programmen dürfen von Behörden nicht verschwiegen und für die eigene Aufklärung genutzt werden. Stattdessen sollen Sicherheitslücken, die staatlichen Stellen bekannt werden, sofort veröffentlicht werden, damit sie geschlossen werden können.
- Die deutschen Geheimdienste dürfen unter keinen Umständen dazu beitragen, dass Wirtschaftsspionage seitens Dritter unterstützt wird. Ganz im Gegenteil: Die Abwehr von Wirtschaftsspionage sollte weit oben auf der Prioritätenliste der deutschen Dienste stehen.
- Die Polizeibehörden müssen technisch und personell so gut ausgestattet sein, dass sie Kriminalität im digitalen Raum effektiv verfolgen können
- In der digitalen Gesellschaft muss die internationale Kooperation von Polizeibehörden weiter verstärkt werden, um grenzüberschreitende Kriminalität besser verfolgen zu können.
- Eigenschutz: Nur wenn sich Politik, Regierung und Verwaltung effektiv selbst schützen, können sie Partner für den Kampf der Wirtschaft gegen Kriminalität und Spionage im digitalen Raum sein. Der Eigenschutz muss deswegen eine hohe Priorität haben, dies fängt beim Problembewusstsein an.

Flexibles Arbeitsrecht für eine flexible Welt

Unser Arbeitsrecht befindet sich noch mitten im Zeitalter der Industrialisierung. Dabei funktioniert Arbeit heute anders als vor 150 Jahren. Die Mehrzahl der Beschäftigten steht nicht mehr am Fließband und erledigt nicht mehr einfache, sich ständig wiederholende Arbeitsabläufe. Arbeit ist heute vielfältiger, intellektuell anspruchsvoller und häufig auch interessanter. Gleichzeitig wünschen sich viele Arbeitnehmer größere Freiheit bei der Arbeitseinteilung, auch um Familie und Beruf besser unter den Hut zu bringen. Besonders wichtig ist es, dass sich Politik und Verwaltung mit dieser grundlegenden Änderung der Arbeitswelt vertraut machen. Wer Unternehmen heute vorschreiben möchte, die Lichtstärke bei Home-Office-Arbeitsplätzen zu kontrollieren, der lebt noch im 19. Jahrhundert. Ein weiterer konkreter Punkt, an dem das Arbeitsrecht an die moderne Welt angepasst werden könnte, ist die Umwandlung der täglichen in eine wöchentliche Höchstarbeitszeit.

Die Digitalisierung bietet große Chancen, um Arbeit flexibler und interessanter zu gestalten. Sie bietet auch die Möglichkeit, besser auf den demographischen Wandel, die zweite große Herausforderung unserer Zeit, zu reagieren. So ermöglichen beispielsweise Digitalisierung und Vernetzung, nicht nur die Einrichtung gut angebundener Home Office Arbeitsplätze. Jeder Ort mit Netzempfang kann für die Arbeit genutzt werden - vom Café um die Ecke bis zur Parkbank. Aber auch Arbeitsplätze in der Produktion oder im Handwerk können durch eine bessere Einbindung von Robotern so gestaltet werden, dass sie weniger körperlich belastend sind. Dann können mit steigendem Lebensalter viele Menschen auch länger arbeiten.

Änderung der Abmahnung nach dem Wettbewerbsrecht

Eine enorme Belastung für alle Unternehmen, die im digitalen Raum unterwegs sind, ist das Abmahnwesen nach dem Wettbewerbsrecht. Mit diesem Instrument können Wettbewerber abgemahnt werden, wenn sie sich unlauter verhalten. Viele Anwaltskanzleien haben in der Vergangenheit diese Regelungen genutzt, um ein Geschäftsmodell zum Schaden produktiver Unternehmen aufzusetzen. Ohne dass ein echter Schaden entstanden ist oder auch nur droht, können Anwälte das geltende Recht nutzen, um hohe Gebühren einzufordern. Um den hohen Schaden, der gerade kleineren Unternehmen droht, abzuwehren, fordern wir junge Unternehmer eine verbindliche Vorstufe: Bevor eine Abmahnung verschickt werden kann, sollte eine Warnung mit einer Bitte um Abstellung des angeblichen fehlerhaften Verhaltens obligatorisch werden. Erst nach Ablauf einer angemessenen Frist sollte es dann das Recht geben, einen Wettbewerber abzumahnern. Die Warnung sollte für das gewarnte Unternehmen kostenlos sein, um dem Geschäftsmodell der sogenannten "Abmahnanwälte" den Boden zu entziehen.

Verwaltungsmodernisierung und Open Data

Eine der politischen Kernaufgaben ist die Modernisierung der Verwaltung. Hier gab und gibt es bereits vielversprechende Ansätze, z. B. im Bereich des E-Governments. Diese müssen wir in Zukunft konsequent weiter ausbauen und nutzen. Denn das enorme Potential für Effizienzsteigerungen durch digitalisierte Verwaltungsprozesse sollte natürlich auch in der öffentlichen Verwaltung voll ausgenutzt werden. Die Möglichkeiten zur Kostensenkung für die

öffentliche Hand einerseits und zur besseren Servicebereitstellung andererseits müssen im Interesse der Bürger und Steuerzahler genutzt werden. Im 21. Jahrhundert sollte es beispielsweise möglich sein, ein Auto online anzumelden.

Ein wichtiger Teil der konsequenten Verwaltungsmodernisierung sollte die grundsätzliche Bereitstellung möglichst vieler maschinenlesbarer Daten sein, die durch die öffentliche Hand erhoben werden. Daten, die im Auftrag und auf Kosten der Steuerzahler erhoben werden, sollten nicht geheim gehalten werden, sondern der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Insbesondere müssen Standards entwickelt und offene Schnittstellen bereitgestellt werden, damit die öffentlichen Daten genutzt werden können. Auf ihrer Basis können neue Ideen und Unternehmen entstehen, die Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum schaffen.

Strompreise senken

Ein Beispiel dafür, dass auch in der digitalen Wirtschaft die klassischen Standortfaktoren eine sehr wichtige Rolle spielen, sind die Strompreise. Rechenzentren benötigen – auch wenn sie natürlich immer effizienter werden, sehr viel Strom für den Betrieb. Deutschland hat eigentlich einige Standortfaktoren, die die Ansiedlung von Rechenzentren begünstigen. Hierzu zählen unser verlässlicher Rechtsrahmen, vertrauenswürdige Datenschutzregelungen und eine gute Infrastruktur. Die im internationalen Vergleich hohen Strompreise sind dagegen ein deutlicher Malus. Die Strompreise dürfen deswegen im internationalen Vergleich nicht mehr ansteigen und sollten möglichst gesenkt werden. Zudem gibt es bei der Bewältigung der Energiewende eine weitere wichtige Bedingung, die erfüllt werden muss. Die Versorgungssicherheit ist selbstverständlich auch für Rechenzentren enorm wichtig, diese muss unbedingt gewährleistet werden.

Bildung in der Digitalen Gesellschaft

In einer Wissensgesellschaft kommt der Bildungspolitik eine zentrale Rolle bei der Zukunftsgestaltung zu. Dies gilt umso mehr für die digitale Informationsgesellschaft, in der Informationen zur zentralen Ressource werden und die Arbeitsteilung immer komplexer wird. Zudem müssen wir bei den Anforderungen an die Bildungspolitik berücksichtigen, dass es zunehmend leistungsfähigere Maschinen geben wird, die einen immer größeren Teil einfacher Routineaufgaben übernehmen.

Die unmittelbare Folgerung hieraus ist wenig überraschend: Kindern und Jugendlichen sollten die bestmöglichen Bildungsangebote gemacht werden. Dies schließt sowohl gut ausgebildete Lehrer, modernisierte Lehrpläne als auch eine gute Bildungsinfrastruktur ein. Das Leitprinzip sollte dabei aus unserer Sicht die Eigenständigkeit der Kinder sein, ergänzt durch den Zweiklang aus Fordern und Fördern.

Die Förderung einer hohen Eigenständigkeit ist von besonderer Bedeutung: In einer digitalen Gesellschaft sind die wichtigsten absoluten und komparativen Vorteile des Menschen seine Fähigkeiten zu kreativem Denken, zur flexiblen Anpassung an die unterschiedlichsten Anforderungen, zu Reflexion und kritischem Denken und zur komplexen Kommunikation. All

diese Fähigkeiten erfordern eine hohe Eigenständigkeit und eine Erziehung, die darauf aus ist, Kreativität, Neugier und Eigenverantwortung zu fördern. Reines Wissen ist in der digitalen Gesellschaft schnell über Algorithmen abrufbar. Dennoch ist die schulische Wissensvermittlung und eine breite Allgemeinbildung eine wesentliche Voraussetzung für die soeben genannten Fähigkeiten.

Das deutsche Schulsystem ist glücklicherweise besser auf diese Anforderungen vorbereitet als die Lernkulturen in anderen Ländern. Ein reiner Frontalunterricht findet bei uns relativ selten statt, reines Auswendiglernen gilt schon lange nicht mehr als höchste Bildungsideal. Es wird jedoch jetzt darum gehen, die bestehenden positiven Ansätze auszubauen, um unsere Gesellschaft auf die Digitalisierung vorzubereiten. Diese Forderung ist einerseits sehr allgemein, andererseits in der Umsetzung keineswegs trivial.

Eine weitere wichtige, wenn auch speziellere Forderung, ist aus unserer Sicht die flächendeckende Einführung des Schulfachs Informatik als Wahlfach an weiterführenden Schulen. Nicht jeder Schüler muss eine Programmiersprache lernen – aber diejenigen, die hieran Interesse haben, sollten dazu frühestmöglich eine Möglichkeit haben. Die Entwicklung zur digitalen Gesellschaft sollte sich jedoch im gesamten Lehrplan wiederfinden, sie betrifft schließlich alle Schüler, alle Lebensbereiche und damit auch alle Schulfächer. DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern deswegen alle Bundesländer auf, die Lehrpläne in Fächern wie Physik, Sachkunde oder Geschichte darauf hin zu überprüfen, an welchen Stellen Grundwissen für die digitale Gesellschaft aufgenommen werden kann (z. B.: Was ist eine Programmiersprache? Wie entstand das Internet?). Auch die Lehrerausbildung sowie die Weiterbildungsangebote in allen Fächern müssen entsprechend angepasst werden.

Im Bereich der beruflichen Bildung ist aus unserer Sicht die Stärkung des erfolgreichen dualen Systems die ideale Antwort auf die Herausforderung der Digitalisierung. Natürlich sollten Veränderungen beispielsweise in der Maschinensteuerung oder bei der Vernetzung der Produktion schnellstmöglich in die Ausbildungsgänge integriert werden. Einer strukturellen Veränderung bedarf es jedoch nicht, im Gegenteil, das duale Ausbildungssystem ist grundsätzlich gut für die Anforderungen der digitalen Gesellschaft gerüstet.

Dies gilt auch für den Bereich der Weiterbildung: Weitere staatliche Eingriffe wie beispielsweise den Ausbau der Bundesagentur für Arbeit in eine Agentur für Arbeit und Weiterbildung lehnen wir ab. Warum der öffentliche Sektor, der selbst kaum mit der Digitalisierung Schritt halten kann, der ideale Ratgeber bei der Weiterbildung sein soll, erschließt sich uns nicht. Betriebe und Mitarbeiter können die notwendige Weiterbildung selbst organisieren und machen dies auch in der Praxis.

Der bereits laufende Prozess der Digitalisierung bedarf im Grundsatz keiner staatlichen Planifikation. In den Ministerien der Bundesregierung ist hierzu nicht per se das Vorhandensein oder das Entstehen von mehr Wissen hierzu zu vermuten als in anderen Bereichen der Zivilgesellschaft, so insbesondere in - auch kleineren - Unternehmen. Aber der Prozess kann und soll vom Bund und den Ländern sinnvoll begleitet werden.

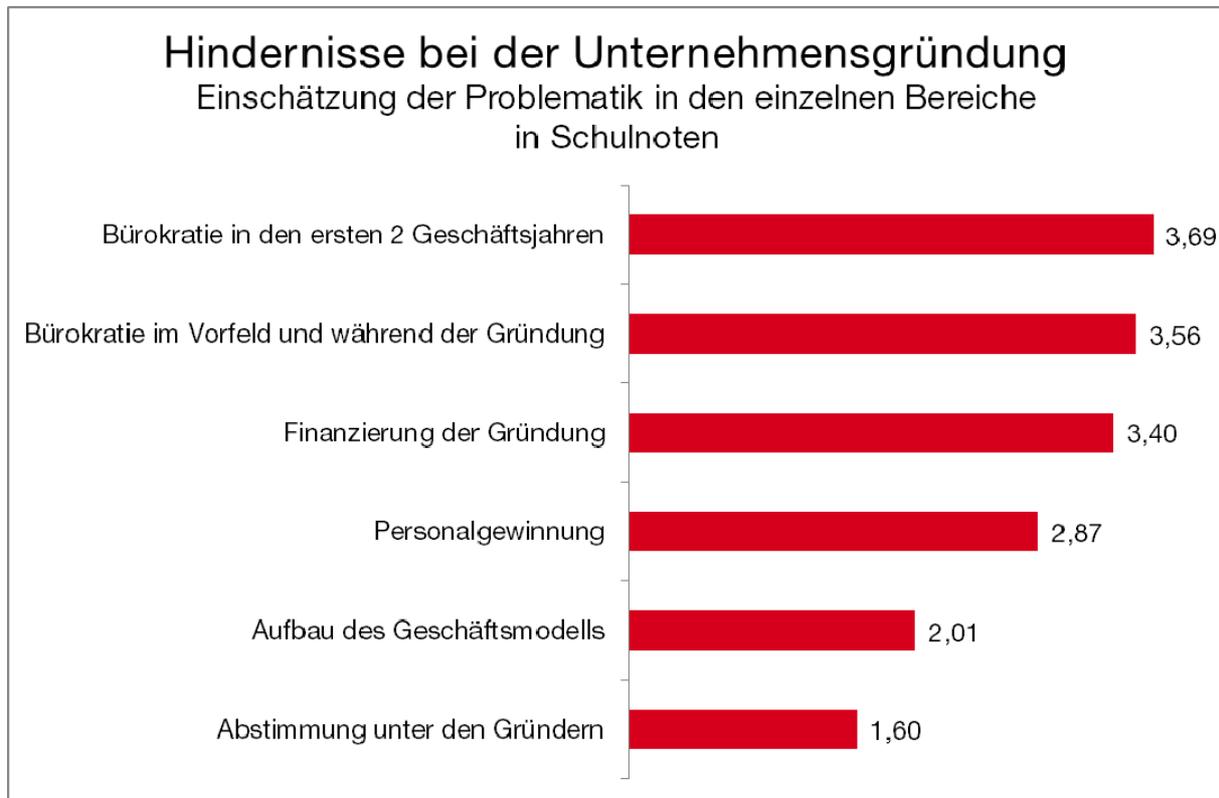
An Universitäten und Fachhochschulen sollte dringend ein Studiengang Datenwissenschaften oder auch Data Sciences eingeführt werden. Die Bedeutung der Analyse und des Verständnisses von Daten wird zwangsläufig zunehmen, da aufgrund der technischen Entwicklung immer mehr Daten zur Verfügung stehen werden. In einem solchen Studiengang müssen mathematische und statistische Kenntnisse, IT-Wissen sowie betriebs-, bzw. volkswirtschaftliche Inhalte kombiniert werden. Zur erfolgreichen Datenanalyse gehört neben dem handwerklichen Rüstzeug auch die Befähigung dazu, die richtigen Fragen zu stellen.

Rahmenbedingungen für Gründungen verbessern

Eine besondere Rolle bei der wirtschaftlichen Bewältigung der digitalen Transformation kommt Unternehmensgründern zu. Da die Veränderungen umfassend, sehr schnell und disruptiv sind, kommt den Ideen junger, kreativer und innovativer Gründer eine hohe Bedeutung zu. Auf ihren Input bei der Schaffung neuer Geschäftsmodelle kann unsere Gesellschaft nicht verzichten – unabhängig davon, ob die Ideen dann von bereits bestehenden Unternehmen umgesetzt werden oder zur Schaffung neuer Familienunternehmen führen.

Umso erschreckender ist es, dass die Zahl der Gründungen in Deutschland in den letzten Jahren zurückgegangen ist. So sank die Zahl der Vollerwerbsgründer laut KfW-Gründermonitor in 2013 auf ein historisches Tief von 306.000 Vollerwerbsgründern. Vor rund zehn Jahren gab es in Deutschland noch 670.000 Vollerwerbsgründer (KfW-Gründermonitor 2005). Diese Entwicklung ist natürlich auch vor dem Hintergrund der zurzeit niedrigeren Arbeitslosenzahlen einzuordnen. Sie bleibt dennoch beunruhigend. Immerhin steigt jedoch der Anteil der Gründer mit überregionalen Marktneuheiten. Dieser hat sich laut KfW-Gründermonitor seit 2009 fast verdreifacht auf mittlerweile 11 Prozent in 2013. Zudem stellen Gründer vermehrt Mitarbeiter ein und schaffen so verstärkt neue Arbeitsplätze.

Dabei gibt es sehr viele politische Ansatzpunkte, um Unternehmensgründungen zu erleichtern. Kurzfristig gesehen, kommen dem Bürokratieabbau und der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Unternehmensgründungen eine besondere Rolle zu. Langfristig gesehen ist eine Verbesserung des Gründungsklimas sicher der entscheidende Faktor.



Bürokratieabbau

Bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen gibt es nicht die eine Maßnahme, deren Umsetzung die Gründungsbedingungen schlagartig verbessern würde. Es kommt vielmehr darauf an, einen ganzen Strauß an einzelnen Themen anzugehen, der dann zusammengenommen zu einer deutlichen Verbesserung führt. Dem Abbau von bürokratischen Hürden kommt dabei gleichsam die Rolle eines Breitbandantibiotikums gegen Gründungshemmnisse zu. Unternehmensgründungen in allen Branchen würden hiervon profitieren.

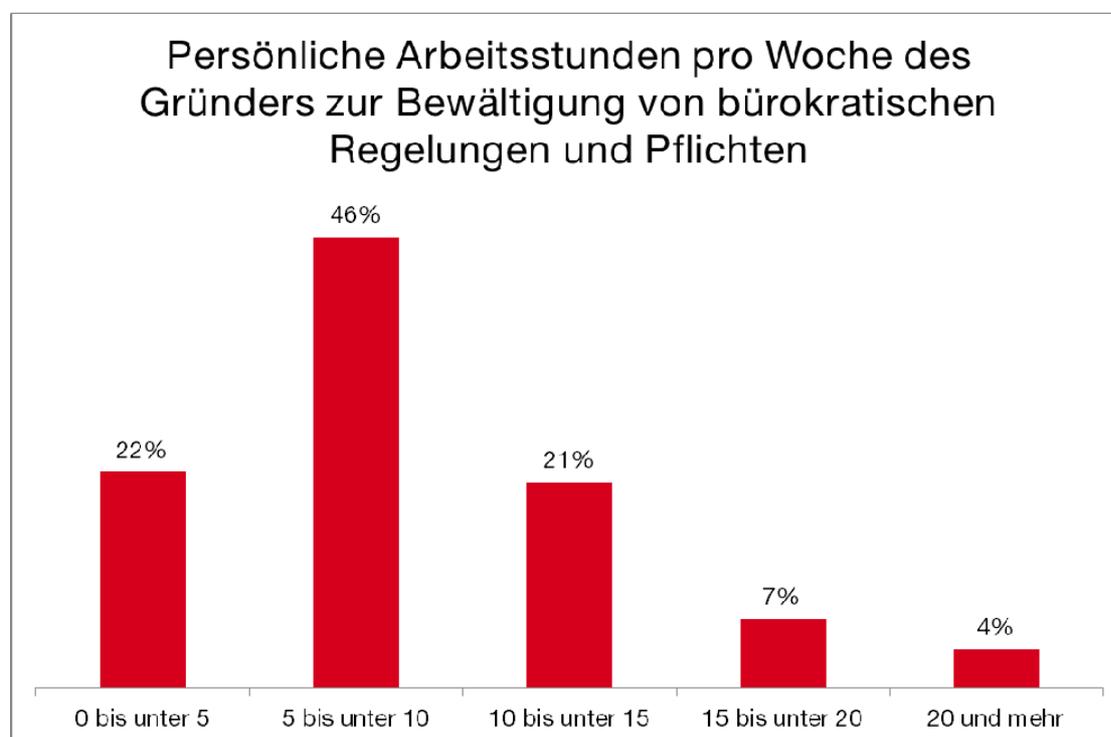
Während eingesessene Unternehmen mehr Erfahrung mit der Einhaltung bürokratischer Pflichten haben, stehen Unternehmensgründer hier oft vor sehr großen Herausforderungen und müssen viel Zeit in diese unproduktiven Tätigkeiten investieren. Zeit, die dann für den Aufbau des eigentlichen Geschäfts fehlt. Zudem können sich gerade größere Firmen Experten im eigenen Haus leisten, die sich z. B. mit umweltrechtlichen Regelungen beschäftigen, während ein gerade neu gegründetes Unternehmen hierfür nicht gleich einen eigenen Mitarbeiter einstellen kann.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die Vereinfachung der Verfahren zur Unternehmensgründung. Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) hat in einer Studie für das Jahr 2010 beispielsweise herausgefunden, dass der durchschnittliche Netto-Zeitaufwand zur Gründung eines Unternehmens zwischen 4,25 Arbeitstagen (in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern) sowie 18,25 Arbeitstagen in Sachsen-Anhalt liegt (IfM-Materialien 205). Eine absolute

Mindestforderung ist es, dass sich alle Bundesländer am best-practice-Beispiel orientieren. Darüber hinaus sollte es das Ziel sein, dass die Gründung eines Unternehmens in Deutschland nicht länger als einen Netto-Arbeitstag in Anspruch nimmt. Und zwar überall.

Darüber hinaus fordern wir junge Unternehmer, dass es im Jahr der Gründung und den darauffolgenden zwei Jahren eine Bürokratie-Schutzglocke geben sollte. Gerade gegründete Unternehmen sollten sich beispielsweise nicht mit Berichtspflichten herumschlagen müssen, auch die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge sollte für sie ausgesetzt werden. Zudem könnten bestimmte arbeitsrechtliche Schwellenwerte für junge Unternehmen ausgesetzt werden.

Eine besonders wichtige Entlastungsmaßnahme – gerade für Unternehmen mit innovativen Geschäftsmodellen – wäre die Vereinfachung einer verbindlichen Auskunft im Steuerrecht. Insbesondere die Voraussetzung bei der Antragstellung auf eine Auskunft, den zu beurteilenden Sachverhalt noch nicht verwirklicht zu haben, ist für Gründer und junge Unternehmer nicht praxistauglich. Die Finanzverwaltung kann auch nach pflichtgemäßem Ermessen die Erteilung einer verbindlichen Auskunft ablehnen. Wonach sich dieses Ermessen richtet, ist den wenigsten Unternehmern klar – und grenzt vielmehr an Willkür. Dies ist insbesondere für Internetunternehmen relevant, die teilweise neue Vergütungs- und Beteiligungsmodelle entwickelt haben (»Media for equity«), für die sie zügig die genauen steuerlichen Auswirkungen kennen müssen und zu der aber erst in Jahren eine Rechtsprechung vorliegen wird. Deshalb ist es erforderlich, den hohen Ermessensspielraum einzugrenzen und die Rahmenbedingung der Erteilung bzw. Absage klar zu definieren. Die tatbestandlichen Voraussetzungen der Auskunft (teilweise Verwirklichung des Sachverhalts, Gebührenerlass, usw.) könnten im Jahr der Gründung und den darauffolgenden drei Jahren entschärft werden.



Gründungsfinanzierung

Ein wichtiges Handlungsfeld liegt auch in dem Bereich der Gründungsfinanzierung. Im Gegensatz zu Ländern mit einer ausgeprägten Gründungs- und Risikokapitalkultur steht in Deutschland nur relativ wenig Kapital zur Finanzierung von jungen Unternehmen zur Verfügung. Wichtig für ein ordnungspolitisch ausgerichtetes Programm zur Unterstützung von Unternehmensgründungen ist deshalb die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Risikokapital. Eine verstärkte Bereitstellung von staatlichen Mitteln ist dabei wenig zielführend. Einerseits gelten hier alle gerechtfertigten grundsätzlichen Bedenken gegenüber Subventionen – von problematischen Mitnahmeeffekten bis zu möglichen Marktverzerrungen. Andererseits können private Kapitalgeber im Gegensatz zum Staat nicht nur Kapital bereitstellen, sondern Gründer darüber hinaus mit unternehmerischer Expertise unterstützen. Diese Hilfe ist gerade in den ersten Jahren sehr hilfreich.

Die Rahmenbedingungen für die Gründungsfinanzierung lassen sich deutlich verbessern durch eine Erleichterung der Verlustübertragung für Sekundär-Investoren. Wenn die erste Gründungsphase (in der Regel mit anlaufenden Verlusten) abgeschlossen ist, müssen Nach-Investoren gewonnen werden. Diese aber werden nur dann investieren, wenn sie die Verluste der Anfangsphase auch steuerlich mit übernehmen können. Aufgrund des beschränkten Verlustabzugs gem. § 8c KStG wird aber der Erwerb einer Beteiligung an einem Unternehmen, das Verluste aufweist, massiv behindert. Hiervon sind Start-Ups und ganz besonders High-Tech-Start-Ups mit hohen Aufwendungen für Forschung, Entwicklung und Investitionen betroffen. Zwar sieht § 8c KStG mittlerweile grundsätzlich von einem Verfall der laufenden Verluste und Verlustvorträge ab, wenn zum Zeitpunkt des Beteiligungserwerbs genügend stille Reserven zur Deckung der Verluste vorhanden sind. Allerdings sind solche gerade in der Frühphase mangels planbarer Geschäftsaussichten oft nicht vorhanden. Im Rahmen einer Neugestaltung des § 8c KStG sollte der Gesetzgeber deshalb darauf achten, dass im Zuge der Hereinnahme von neuen Gesellschaftern nach Ablauf der Gründungsphase keine Verluste untergehen.

Ein weiterer wichtiger Schritt wäre eine Änderung der Regulierung für institutionelle Investoren wie Versicherungen und Pensionsfonds. Diese können zurzeit keine als hochriskant geltenden Investitionen in Start-Ups tätigen, obwohl sie als Kapitalsammelstellen hierfür prädestiniert wären. Sie könnten in viele Start-Ups investieren, und so die notwendige Risikostreuung für solche Investitionen optimal erreichen. Zudem hätten institutionelle Investoren so in einer Zeit sehr niedrigerer Zinssätze eine gute Gelegenheit, in potentiell deutlich profitablere Investments auszuweichen. DIE JUNGEN UNTERNEHMER schlagen deshalb vor, dass institutionelle Investoren die Möglichkeit erhalten, bis zu zwei Prozent ihres eingesetzten Kapitals in Start-Ups und junge Unternehmen zu investieren. Das Risiko dieses Investments müssen sie selbstverständlich selbst tragen, hierzu ist keine staatliche Absicherung nötig. Die mögliche breite Streuung der Einzelinvestments und damit des Risikos sowie die Beschränkung auf einen kleinen Teil ihres Kapitals sind eine ausreichende Risikovorsorge.

Neben der Umsetzung dieser Maßnahmen sollte auf jeden Fall die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne aus Streubesitzanteilen beibehalten werden.

Gründungsklima

Der Verbesserung des Gründungsklimas kommt langfristig die größte Bedeutung bei der Unterstützung von Start-Ups zu. Um diese zu erreichen, sollte eine bessere gesellschaftliche Akzeptanz des Scheiterns erreicht werden. Noch wichtiger wird eine Verbesserung des Unternehmerbildes sein: Nur wenn Politik, Medien und Zivilgesellschaft aufhören das Unternehmertum schlecht zu reden, wird es unserer Gesellschaft gelingen, Menschen dafür zu gewinnen das Risiko von Unternehmensgründungen einzugehen. Die Einführung eines Unternehmensstrafrechts wäre beispielsweise völlig kontraproduktiv und würde zu einem negativen Unternehmerbild beitragen.

Um zur Verbesserung des Gründungsklimas beizutragen, sollte zunächst flächendeckend ein Schulfach für ökonomische Bildung eingeführt werden. Bisher gibt es nur in einzelnen Bundesländern Schulfächer - wie z. B. Wirtschaft und Recht an bayerischen Gymnasien – die explizit auch ökonomische Inhalte vermitteln sollen. Hierbei handelt es sich jedoch zumeist um Mischfächer, die zudem nur in wenigen Klassenstufen unterrichtet werden. Einen flächendeckend in allen Bundesländern und an allen weiterführenden Schulen eingeführten Wirtschaftsunterricht in einem eigenständigen Fach gibt es in Deutschland jedoch nicht. Für viele Schüler beschränkt sich die Behandlung von wirtschaftlichen Inhalten somit auf wirtschaftsferne Fächer wie Geschichte oder Geographie. Ihnen fehlt damit theoretisches und praktisches Wissen über wirtschaftliche Abläufe, was eine spätere Gründungsneigung sicher nicht fördert. Diesen Missstand können auch Projekte zum Austausch zwischen Wirtschaft und Schule (wie »Schüler im Chefsessel« von DIE JUNGEN UNTERNEHMER) nicht wettmachen, so wünschenswert sie im Einzelfall sind. Deswegen fordern wir die flächendeckende Einrichtung eines Faches für den Wirtschaftsunterricht an allen weiterführenden Schulen in allen Bundesländern. Für die gesamte Ausrichtung der Schulbildung ist es wichtig den Fokus darauf zu richten, dass nicht nur Manager, sondern vor allem Unternehmer ausgebildet werden.

Auch an den Universitäten kommt das Thema Unternehmensgründung insgesamt noch zu kurz – sowohl in den Lehrplänen, als auch in Form von Projekten, Gründertrainings und anderen Angeboten. Dabei zeigt die Erfahrung, dass es aus dem universitären Bereich erfolgreiche Gründungen, gerade auch im Bereich von High-Tech-Unternehmen geben kann. Um dieses Potential zu heben, sollten einerseits praxisorientierte Kurse zum Thema Unternehmensgründungen angeboten werden. Andererseits sollten die Universitäten ihr Angebot an Beratungen für potentielle Gründer ausbauen.

Unternehmensgründungen finden zudem nicht im luftleeren Raum statt, sondern immer an konkreten Standorten. In der Praxis bilden sich Regionen heraus, die Unternehmensgründer besonders anziehen und so eine deutlich erhöhte Gründungsrate haben (wie beispielsweise Berlin in Deutschland). Die Attraktivität einer Stadt/Region für Unternehmensgründer hängt natürlich von vielen Standortfaktoren ab. Stadtverwaltung und lokale Politik können jedoch über verschiedene Stellschrauben versuchen, die Attraktivität ihrer Region für Unternehmensgründungen zu erhöhen. Dies kann z. B. über die Einrichtung eines speziellen Ansprechpartners für Gründer erfolgen, der die Bedürfnisse, Kultur und Sprache seiner Zielgruppe versteht. Ob eine Stadt oder Region zu einem Gründungszentrum wird, hängt in jedem Falle auch vom Engagement vor Ort ab.

